



Arbeit 4.0 – Digitale Ökonomie und Sozialstaat

Frühjahrstagung des Politischen Clubs / 16. bis 18. März 2018

Die Arbeitswelt ist im Umbruch: Crowdsourcing, Tele-Arbeit, Coworking, Freelancing – neue Technologien revolutionieren das Wirtschaftsleben, schaffen neue Unternehmensstrukturen, Arbeits- und Beschäftigungsformen. Die Digitalisierung hat die Arbeitswelt – das kann man jetzt schon sagen – fundamental verändert. Dabei umfasst der Strukturwandel nicht nur die zunehmende Automatisierung der Arbeitsprozesse und damit einhergehende Verschiebung der Arbeitskräftenachfrage, auch das Verständnis der Arbeit und des Arbeitsplatzes ist im Wandel begriffen.

Die Chancen, die der Fortschritt bei den Informations- und Kommunikationstechnologien den Unternehmen und Arbeitnehmern eröffnet, sind zweifelsohne enorm. Vernetztes, örtlich und zeitlich flexibles Arbeiten schafft neue Wertschöpfungsketten und Wohlstandsgewinne. Den Arbeitnehmern bietet es noch nie dagewesene Freiräume zum selbst bestimmten, lebensphasen- und lebensmodellorientierten Arbeiten. Gleichzeitig kommen Schattenseiten der digitalen Ökonomie zum Vorschein: Die fortschreitende „Entbetrieblichung“ und Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit schaffen unterdessen prekäre Arbeits- und Beschäftigungsformen (in Bezug auf Gesundheitsfolgen, Alterssicherung, Mitsprache und Beteiligung), mit noch nicht vollständig zu überblickenden Wirkungen auf unsere Systeme der sozialen Sicherung. Die Transformation zur digitalen Arbeitswelt muss demnach auch sozial gestaltet werden. Aber wie?

Wie verändert die Digitalisierung unser berufliches und unser alltägliches soziales Zusammenleben, welche Art von Arbeit nimmt zu, welche fällt weg, welche verändert sich? Welches sind die Konsequenzen für die Organisation der Arbeitsverhältnisse, der Arbeitszeit, für den Schutz der Arbeitnehmer, für sozialstaatliche Regelungen generell? Welche politischen Initiativen bzw. gesetzlichen Regelungen sind dringlich? Auf welcher Ebene – der politischen oder der betrieblichen – sind die Herausforderungen anzugehen? Schließlich sind auch klassische digitalpolitische Fragen rund um Datenschutz, Netzneutralität und -ausbau mit neuer Dringlichkeit zu adressieren, damit die Partizipation an der digitalen Arbeitswelt allen ermöglicht werden kann. An der Vielzahl der Fragestellungen wird deutlich, dass die Transformation zur digitalen Ökonomie eine der größten Herausforderungen für die Politik in den kommenden Jahren darstellen wird. Mit der technischen Revolution, ihren sozialen Folgen und der daraus resultierende politische Gestaltungsaufgabe hat sich die Frühjahrstagung des Politischen Clubs vom 16. bis 18. März befasst.

„Digitalisierung“ ist für den Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, Bundestagspräsident a. D. Dr. Wolfgang Thierse, das „Schlagwort Nummer 1“. Zwischen Euphorie und Apokalypse bewegten sich die Analysen über Chancen und Risiken. Stichworte wie Big Data, die Rede vom Ende des autonomen Subjekts oder von der digitalen Diktatur signalisierten, dass es um mehr als effizientere Produktionsverfahren gehe. Wie viele Arbeitsplätze wegfallen könnten, dazu gebe es unterschiedliche Schätzungen. Prognosen für Deutschland gehen davon aus, dass mehr als vierzig Prozent gefährdet seien. Die Digitalisierung verändere die Kultur eines Unternehmens und die Arbeitsbiographien. So dränge sich die Frage auf, wem die Entwicklung nütze – und wer auf der Strecke bleibe. Das Thema verlange eine breite gesellschaftliche Debatte.



Auch die Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg (Die Linke/parteilos) plädiert seit langem für diesen Diskurs. In ihrem Vortrag über die „Digitalisierung als industrielle Revolution“ wies sie darauf hin, dass die gesellschaftlichen Folgen unterschätzt würden. Als Grund führte sie an: „Ein großer Teil der Eliten versteht die Entwicklung nicht.“ Um die Bandbreite des Themas zu beschreiben, reihte sie folgende Stichworte aneinander: 3-D-Druck, Künstliche Intelligenz (KI), Robotik, Genom-Editing, Blockchain, Virtual Reality, Internet of Things (IoT). Die Entwicklung allein der letzten zehn Jahre zeige, dass diese immer schneller verlaufe. Für sie sei klar, dass Arbeitsplätze in großem Umfang wegfielen und verbleibend sich veränderten. Zugleich entstünden Berufe, für die noch Bezeichnungen fehlten. Es veränderten sich auch die Arbeitsverläufe sowie der Stellenwert bezahlter Erwerbstätigkeit. Nach Einschätzung von Domscheit-Berg könnten zwölf bis 47 Prozent der Arbeitsplätze wegfallen. Es sei zu befürchten, dass neu entstehende Jobs den Verlust nicht ausgleichen.

Gleichzeitig entstünden für bestimmte Gewerbe, etwa den Bau, neue Möglichkeiten. So könne schneller und preiswerter produziert werden. Auch hier entfielen zahlreiche Jobs, aber es würden auch neue Qualifikationen gebraucht. Auch das autonome Fahren bedrohe eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Schätzungen zufolge seien davon in den kommenden zehn Jahren bis zu 800.000 Berufskraftfahrer betroffen. In dieser Entwicklung lägen auch Gefahren. Anke Domscheit-Berg sieht durch Existenzängste und damit einher gehenden Radikalisierungstendenzen die Demokratie gefährdet. Tatsächlich erfasse die Digitalisierung praktisch alle Lebensbereiche. Stichwort Gesundheitswesen: Roboter können Diagnosen erstellen und Organe transplantieren. Auch die Dienstleistungsbranche – Labore, Kanzleien, Banken – sei betroffen. Selbst vor kreativen Berufen mache die Digitalisierung nicht halt. Roboter kämen schon jetzt in Malerei, Komposition, Gesang und Tanz zum Einsatz.

Auch die Art der Beschäftigungsverhältnisse verändere sich. So gebe es Plattformen statt Arbeitgeber. Und Arbeitnehmer würden zu Anbietern. Hier handle es sich bereits um einen globalisierten Wettbewerb, in dem es kein festes Einkommen, keinen Mindestlohn, keinen Urlaub mehr gebe.

Ungefährdet sind laut Domscheit-Berg Berufe, in denen sich Menschen um Menschen kümmern – Berufe, in denen interdisziplinäre und soziale Kompetenz gefragt seien. Politik und Gesellschaft müssten sich vor allem mit folgenden Themen befassen: Der Mindestlohn schütze nicht vor Armut. Bezahlte Arbeit müsse besser verteilt werden und „gute Arbeit“ müsse nicht unbedingt bezahlte Arbeit sein. Vollbeschäftigung sei vor diesem Hintergrund „keine langfristige Vision“. Der digitalen Revolution müsse eine „soziale Revolution“ entsprechen. Zu ihr gehöre u.a. das bedingungslose Grundeinkommen sowie eine Vermögensumverteilung. Eine Bildungsreform müsse den Akzent auf die Stärkung der so genannten MINT-Fächer legen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sowie auf lebenslanges Lernen. Und es müsse zu Rechtsreformen kommen und eine neue Vereinbarung internationaler Standards.

Auch die zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, hält die Auswirkungen der Digitalisierung für größer als alle vorherigen industriellen Revolutionen. Es gehe darum, die Arbeit in der digitalen Welt zu gestalten – und zwar mitbestimmt und selbstbestimmt. Dass dies möglich sei, davon zeigte sich Christiane Benner überzeugt. Was den Menschen die Orientierung schwer mache, sei der Umstand, dass in bestimmten Bereichen die



Auftragsbücher voll – Stichwort Automobilindustrie/Verbrennungsmotor –, aber die Arbeitsplätze von übermorgen bedroht seien. Im Modell der Mitbestimmung sieht Benner ein Modell, von dem alle profitierten. „Die Mitbestimmung ist unser Erfolgsgeheimnis“, so die zweite Vorsitzende der IG Metall. Sie habe wesentlich dazu beigetragen, dass die Herausforderungen der letzten zehn Jahre bestanden werden konnten. Entscheidend sei, dass es jetzt gelinge, z. B. auch für Crowd Worker – digitale Tagelöhner, so könnte man übersetzen, die ihre Dienste übers Internet anbieten – Mindeststandards zu vereinbaren, dass diese sozial abgesichert seien.

In der Etablierung sozialer Standards sieht auch Prof. Dr. Kerstin Jürgens eine vorrangige Aufgabe. Dabei müsse der Staat Gestalter der Transformation sein. Dazu gehöre, die Technik-Folgen-Abschätzung neu auszurichten und vor allem die Ziele der digitalen Transformation zu klären. Kerstin Jürgens leitete von 2015 bis 2017 die Expertenkommission „Arbeit der Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung – zusammen mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann.

Mit der Digitalisierung veränderten sich die Erwerbstätigkeit und damit auch der Arbeitnehmerbegriff. Plattformbetreiber betrachteten sich nicht als Arbeitgeber, so dass es in dieser Logik auch keine abhängig Beschäftigten mehr gebe. Auch seien die Betriebe der Zukunft „enträumlicht“, da sich Arbeiten mehr und mehr im virtuellen Raum erledigen ließen. Qualifizierung, Arbeitsorganisation und Gesunderhaltung müssten stärker als bisher in den Blick genommen werden.

Prof. Jürgens bereitet die laufende Entwicklung in vielerlei Hinsicht Sorgen. Sie sprach in diesem Zusammenhang u.a. von einer Teilhabe-Spreizung. Deutschland sei erfolgreich, aber die meisten Menschen profitierten davon nicht. Auch sein der Anteil von Frauen, die Vollzeit arbeiteten, über die Jahrzehnte hinweg rückläufig. Problematisch ist aus ihrer Sicht auch, dass vier Fünftel der 7,5 Millionen Minijobs von Frauen genutzt würden. Ihre größte Sorge sei, dass die Menschen das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Strukturen verlieren könnten.

Dass traditionelle Bürokonzepte nicht mehr zur digitalisierten Welt passen, davon ist Markus Köhler überzeugt. Er ist Senior Director Human Resources und Mitglied der Geschäftsleitung von Microsoft Deutschland. Sein Vortrag stand unter der Überschrift „Arbeitsplatzsouveränität als Modell der Zukunft der Arbeit“. So habe auch Microsoft seine Strukturen entsprechend verändert. Unternehmensgründer Bill Gates habe die Vision gehabt, dass auf jedem Schreibtisch ein Computer stehen müsse. Apple habe jedoch mit dem iPhone eine Entwicklung befördert, dieses für den privaten Gebrauch konzipierte Gerät auch beruflich zu nutzen. Dies habe das Arbeitsleben nachhaltig verändert. Köhler sieht diese Entwicklung positiv. Sie ermögliche in bestimmten Bereichen ein flexibleres Arbeiten, das den Wünschen der Mitarbeitenden entspreche und zu mehr Arbeitszufriedenheit führe. Im Erwerb von digitaler Kompetenz sieht Markus Köhler den Schlüssel für erfolgreiches Arbeiten. Sie sei so wichtig wie die soziale Kompetenz.

Prof. Dr.-Ing. Ina Schieferdecker ging in ihrem Vortrag der Frage nach, welchen grundlegenden Wandel der Gesellschaft die Digitalisierung bewirken kann. Sie leitet das Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme und ist Gründungsdirektorin des Deutschen Internet-Instituts in Berlin (Weizenbaum-Institut für vernetzte Gesellschaft). Sie hält es für das vorrangige Ziel, den Menschen auch im Zeitalter der Digitalisierung ein



selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wie stark der Wandel sei, zeigte sie an folgendem Beispiel auf: Habe 1995 nur ein Prozent der Weltbevölkerung Zugang zum Internet gehabt, seien es 2017 bereits fünfzig Prozent gewesen. Der Blick aufs Detail zeige, dass in Nordamerika 89 Prozent der Menschen Zugang hätten, in Afrika aber nur dreißig Prozent. Seit 2014 gebe es weltweit mehr mobile Geräte als Menschen.

Prof. Schieferdecker zeigt in Ihrem Vortrag, dass die mit der Digitalisierung einhergehende Entwicklung Positives wie Negatives bewirken könnten – und der Grat oft schmal sei, ob etwas zum Nutzen oder zum Schaden gereiche. Sie betonte, dass die Digitalisierung unumkehrbar sei und alle Menschen betreffe. Dabei seien Daten von zentraler Bedeutung. Es müsse jetzt darum gehen, digitale Gemeingüter (Open Data) zu bestimmen und den gesellschaftlichen Diskurs zur Absicherung und Regulierung voranzubringen. Diese ethische Aufgabe sei derzeit zu wenig im Blick. Auch müsse Digitalisierung und Nachhaltigkeit zusammengesehen werden.

„Welche (gesetzlichen) Regeln braucht die digitale Ökonomie?“ – unter dieser Fragestellung stand ein Podiumsgespräch mit den Bundestagsabgeordneten Hansjörg Durz (CSU), Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) und Thomas Sattelberger (FDP). Dass die Digitalisierung gestaltbar ist, davon zeigte sich Hansjörg Durz überzeugt. Es müsse eine Spaltung der Gesellschaft vermieden werden. Angesichts der exponentiell verlaufenden Entwicklung sei spürbar, dass die Anpassungsfähigkeit nicht Schritt halten könne. Gesellschaften seien dann erfolgreich, wenn sie Innovationen förderten. Die Soziale Marktwirtschaft müsse auch in der digitalen Welt gelebt werden.

Aus der Sicht von Konstantin von Notz werde die Digitalisierung das Leben der Menschen stärker beeinflussen als die Industrialisierung. Zwar stehe die Digitalisierung aktuell im Zentrum der Debatten, doch sei das Problem, dass die Politik keine Gestaltungskraft entwickle. Es sei kein Selbstläufer, dass die Rechtsstaatlichkeit bleibe. Die Datenwirtschaft könne zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft führen. Es bestehe die Gefahr, dass Menschen fremdbestimmt würden und ihre Freiheit verlören. Von Notz wehrte sich gegen die im Silicon Valley anzutreffende Auffassung, dass die Wirtschaft nur funktioniere, wo der Staat abwesend sei. Es brauche Regulierung – auch im Internet.

Thomas Sattelberger beklagte, dass Deutschland die Entwicklung der letzten zehn Jahre verschlafen habe. USA und China seien uns weit voraus. Dies betreffe die Wertschöpfung bei Patenten sowie im Bereich der Plattformökonomie. „Wenn die Wirtschaft nicht vorankommt, dann steht der Sozialstaat am Ende“, so Sattelberger. Es müssten die Möglichkeiten der Wertschöpfung und nicht die Bedenken in den Vordergrund gerückt werden. Zu den Herausforderungen gehöre, dass bis 2025 rund sieben Millionen Menschen requalifiziert werden müssten. Dazu gebe es weder Konzepte noch Angebote.

Die Schriftstellerin und Journalistin Tanja Dückers warf in ihrem Vortrag über „Digitale Boheme: kreativ, frei – und arm?“ einen Blick auf die Kreativwirtschaft. Auch wenn diese rund eine Million Menschen umfasse und eine höhere Wertschöpfung habe als die Chemie-Wirtschaft, so könne sie dennoch „kein positives Bild“ zeichnen. Lediglich fünf Prozent der Kreativen könnten von ihren Einnahmen leben. Die Arbeit sei von (Selbst)Ausbeutung und Lohndumping geprägt. Überdies sei das Urheberrecht nicht ausreichend geschützt. Dückers rief auch zu mehr Solidarität der Kreativen untereinander auf.



Zu mehr Gelassenheit in der Debatte um Chancen und Risiken der Digitalisierung hat Thorben Albrecht aufgerufen. Er ist Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Frage, ob wir vor dem Ende der Arbeitsgesellschaft stehen, diese Debatte habe es schon immer gegeben. Der aktuellen Umbrüche würden nicht allein von der technischen Entwicklung bestimmt. Auch die demographische Entwicklung sowie die Globalisierung seien mit zu berücksichtigen. Autonomes brauche den Menschen. Albrecht wählte als Beispiel den Schulbus, der in naher Zukunft ohne Fahrer auskomme. Er habe aber Zweifel, ob es sinnvoll sei, Kinder allein im Bus fahren zu lassen. Es brauche eine Begleitung. Auch entstehe eine neue Nachfrage in den Bereichen Erziehung, Lehre, Bildung, Gesundheit, Pflege. Seiner Einschätzung nach werde die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland bis 2030 in etwa auf dem heutigen Niveau bleiben. In bestimmten Branchen werde es zu Reduzierungen kommen, in anderen steige der Bedarf. „Die Arbeit wird uns nicht ausgehen“, so Albrecht. Seiner Meinung nach müsse es in der Politik zu einem Umdenken beim Thema Qualifizierung kommen. Dies stehe meist erst auf dem Programm, wenn der Bedarf unübersehbar sei, etwa im Fall von Arbeitslosigkeit. Hier müsse mehr proaktiv unternommen werden. Auch müssten Plattformanbieter an der sozialen Absicherung der Beschäftigten beteiligt werden. Die Frage, was gute Arbeit sei, stelle sich auch im Zeitalter der Digitalisierung. Dabei seien die Ziele bekannt: Die Menschen müssten von der Arbeit leben können, sie dürfe nicht krank machen und sie solle Sinn stiften.

Wolfgang Thierse empfahl am Ende der Tagung, dass man nicht apokalyptisch von den Folgen der Digitalisierung reden dürfe. Dies sei wichtig, um jene Hälfte der Bevölkerung, die weniger gebildet ist, zu motivieren.